53. Jahrgang. № 91. Donnerstag, 1. April 1909.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugehenden Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif Annahme von Ankündigungen bis nachm. 5 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf. Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf.; Geschäfts-Anzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — In Nummern nach Sonn- u. Feiertagen: die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Lobeck & Co. Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v Sachsen. | **Carola-Chocolade.** Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Lea Weinhold, Atelier für feinen Damenputz :: :: ::
Viktoriahaus DRESDEN-A. Ringstrasse 18
Steter Eingang französischer und Wiener Neuheiten • Modelle • Zivile Preise.

Zu Frühjahrskuren
täglich frisch gepresste Frühlingskräutersäfte, **normal** und **verstärkt.** Letztere auch als Ersatz für Marienbader Mineralwasserkuren **bei Korpulenz** empfohlen. Anmeldungen werden jederzeit entgegengenommen in der **Löwen-Apotheke zu Dresden.** Fernspr. 453.

Julius Schädlich
Am See 16, part. u. 1. Et.
Beleuchtungs-Gegenstände
für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Hahn Nachf. Inhaber: E. Müller **Hofphotogr.** Dresden-A. Ferdinandstrasse 11.
12 Visit 6 Mk. Höchste Auszeichnungen auf nationalen und internationalen Ausstellungen.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Warm, veränderlich.

Frau Erika Wedekind verläßt heute die Dresdner Hofoper.

Der Reichstag bewilligte in fortgesetzter Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes das Gehalt des Staatssekretärs.

Das Preußische Abgeordnetenhaus setzte die Beratung der Eisenbahnvorlage fort.

Die Fernfahrt des Reichsluftschiffes nach München ist auf heute früh 2 Uhr angesetzt worden.

In der neuesten serbischen Note, die gestern in Wien überreicht wurde, fügt sich Serbien den Wünschen Oesterreichs bezw. der Großmächte.

König Peter von Serbien soll die Absicht kundgegeben haben, abzudanken.

Die zweite Kanzlerrede

über die innere Politik schließt das Konto der zweitägigen großzügigen Reichstagsdebatte mit einem entschiedenen Saldo zugunsten des Fürsten Bülow ab. Der Kanzler war augenscheinlich ganz wieder der Alte, befand sich in „good spirits" und beherrschte die parlamentarische Situation mit jener spielenden Leichtigkeit, die ihm in seinen besten Tagen geläufig war. Dabei verfiel er aber nicht etwa in den früher manchmal bei ernsten Gelegenheiten unliebsam vermerkten Ton einer mit Büchmann und Bonmots arbeitenden Causerie, sondern trug auch durch die Form seiner Ausführungen dem bedeutsamen Charakter der herrschenden innerpolitischen Schwierigkeiten Rechnung. Die Rede war die Kundgebung eines leitenden Staatsmannes, der nach einer vorübergehenden Periode kritischer Erschütterungen seiner Stellung wieder völlig festen Boden unter den Füßen fühlt und sich des neu gekräftigten Vertrauens seines kaiserlichen Herrn ohne Schmälerung erfreut. Je klarer diese Gewißheit in den Darlegungen des Fürsten Bülow in die Erscheinung tritt, desto mehr Gewicht muß auch seiner Versicherung beigelegt werden, daß er in Uebereinstimmung mit den verbündeten Regierungen entschlossen ist, keine Verschleppung der großen nationalen Lebensfrage der Reichsfinanzreform zuzulassen. „Wir verlangen von diesem Hause eine feste und unzweideutige endgültige Entscheidung über die Reichsfinanzreform noch in dieser Session!" Das ist ein kräftiges, nicht dreh- und deutelbares Wort, das beweist, daß an maßgebender Stelle der entschlossene Wille zur Tat herrscht, der allein zum Ziele führen kann und der schließlich der letzte Rettungsanker sein wird, wenn der leidige Parteigeist so weiter wirtschaftet wie bisher und das gedeihliche Zusammenwirken des Blocks zum Zwecke der Erledigung der Reichsfinanzreform lahm legt. Wer zwischen den Zeilen zu lesen versteht, wird nicht im Zweifel darüber sein, daß der Kanzler, der mit einer so ernsten und entschiedenen Erklärung an den patriotischen Geist der nationalen Mehrheit appelliert, für den äußersten Fall gerüstet ist und die Zustimmung des Kaisers zu der Auflösung des Reichstages in der Tasche hat, wenn der Schluß der Session herannahen sollte, ohne daß die Volksvertretung der ihr gewiesenen Richtschnur entsprochen hat.

Es ist hier nicht am Platze, die Aussichten zu erörtern, die eine Auflösung des Reichstages für die parteipolitische Konstellation voraussichtlich haben würde. So viel aber ist sicher, daß gerade der so schwer um seine Existenz ringende Mittelstand volles Verständnis für eine Wahlparole besitzen würde, die für eine angemessene Besteuerung des Besitzes in der Form einer Nachlaßsteuer oder des weiteren Ausbaues der Erbschaftssteuer und gegen eine weitere Erhöhung der Einkommensteuer einträte. Es ist daher zu hoffen, daß unter dem Einfluß dieser weit verbreiteten Stimmung, die demnächst in einer imposanten Massenkundgebung des Mittelstandes in eindringlicher Weise zum Ausdruck gebracht werden soll, die zurzeit noch vorhandenen parteipolitischen Widerstände gegen diesen springenden Punkt der Reichsfinanzreform rechtzeitig ausgeglichen werden. Der Hinweis des Reichskanzlers auf „die Stimme der Ungeduld und der Unzufriedenheit, die aus dem Lande täglich an unser Ohr schlägt", ist verständlich genug, um allen Vertretern des parteipolitischen Eigennutzes, mögen sie auf der rechten oder der linken Seite stehen, die wahre steuerpolitische Gemütsverfassung der überwiegenden Mehrheit der nationalen Bevölkerung zum Bewußtsein zu bringen. Zieht man alle Momente, die zugunsten der Verminderung eines die Auflösung des Reichstages herbeiführenden Konfliktes sowohl vom Standpunkte des höheren nationalen wie des parteitaktischen Interesses sprechen, in Betracht, so kann man nur dem Reichskanzler beipflichten, wenn er noch nicht alle Hoffnung auf das Zustandekommen der Reichsfinanzreform mit Hilfe des Blockes aufgibt und die Erwartung durchklingen läßt, daß die Lage sich am Ende noch in einer Weise zurechtrücken werde, die den der großen Aufgabe entsprechenden großen Gesichtspunkten die Vorherrschaft sichert.

Wie aber, wenn diese Erwartung sich nun doch nicht verwirklichen und der Block tatsächlich durch die Reichsfinanzreform gesprengt werden sollte? Dann ergibt sich die schwerwiegende Frage, ob Fürst Bülow die für diesen Fall schon mit diplomatischer Reserve bereitgehaltene Hand des Zentrums ergreifen oder ob er es vorziehen wird, das Versagen des Blocks gerade bei der höchsten ihm obliegenden nationalen Aufgabe mit seinem Rücktritt zu quittieren. Für die Beantwortung dieser Frage erscheint der Umstand beachtlich, daß der Reichskanzler es vermieden hat, in seiner Rede eine ausdrückliche Erklärung in dem Sinne abzugeben, daß er unter keinen Umständen mit einer anderen als der Blockmehrheit die Finanzreform verabschieden werde. Aus dem Geiste seiner Ausführungen geht allerdings klar hervor, daß er in erster Linie noch immer mit der Blockmehrheit rechnet und daß er sich über den im nationalen Interesse höchst unerwünschten Charakter eines nur mit Hilfe des Zentrums herbeigeführten Erfolges keiner Täuschung hingibt. Wenn der Kanzler gleichwohl sich nicht auf Gedeih und Verderb in der Frage der Reichsfinanzreform mit dem Block solidarisch erklärt hat, so muß daraus geschlossen werden, daß er im äußersten Notfalle auch eine entscheidende Mitwirkung des Zentrums nicht ablehnen wird. Demnach dürfte er sich die aus Anlaß dieser Möglichkeit in der konservativen Presse wiederholt bekundete Auffassung zu eigen gemacht haben, daß ein Wiederhervortreten des Zentrums aus seiner durch die Ereignisse des 13. Dezember 1906 bedingten Isolierung nicht ohne weiteres die Notwendigkeit des Rücktritts für den Kanzler begründe, sondern daß diese erst in dem Augenblicke in Frage komme, wo das Zentrum wieder sein altes herrschsüchtiges Spiel beginnen und mit Erfolg versuchen sollte, abermals im parteipolitischen und konfessionellen Interesse mit nationalen Gütern Schacher zu treiben und sich in die frühere Stellung der „regierenden Partei" emporzuschwingen.

Gewiß liegt in dieser Argumentation, theoretisch betrachtet, etwas Richtiges. In der Praxis aber gestaltet sich die Sache insofern anders, als gar nicht abzusehen ist, wie das Zentrum mit Erfolg verhindert werden soll, seinen ganzen politischen Intrigenapparat wieder in Tätigkeit zu setzen, sobald es erst einmal durch eine entscheidende Einflußnahme auf die Reichsfinanzreform seine Unentbehrlichkeit bewiesen und sich wieder in das helle Licht des patriotischen Retters aus der Not gerückt hat. Es ist zehn gegen eins zu wetten, daß wir dann gar bald wieder mitten im alten Elend der parlamentarischen Zentrumsherrschaft stecken und auf Schritt und Tritt die bösen Folgen einer solchen Entwicklung an unserem nationalen Leibe spüren würden. Wäre Zentrum erst wieder Trumpf, so hätten wir zu gewärtigen, daß die Herren von der schwarzen Observanz mit einer durch die unfreiwillige Muße der verflossenen zwei Jahre verstärkten Energie bestrebt sein würden, auf Kosten unserer nationalen Errungenschaften ihr ultramontanes Schäfchen ins Trockene zu bringen. Wohin das aber führen würde, mag ein Blick auf die jüngste Wendung in der braunschweigischen Frage lehren, die gerade von der ultramontanen Presse mit mehr als verdächtigem Eifer als der Anbruch einer neuen Aera in Deutschland gefeiert wird. Alle zentrifugalen Kräfte im Reiche würden durch ein Wiederaufleben der Zentrumsherrschaft in der unheilvollsten Weise gestärkt werden. Diese Aussichten sind so unerfreulicher Natur vom nationalen Standpunkte aus, daß sie das patriotische Gewissen aller Blockparteien mächtig genug aufrütteln müßten, um eine schließliche Einigung über die jetzt noch strittigen Punkte der Reichsfinanzreform, insbesondere in der Frage der Besitzbesteuerung, zu sichern. Die Stunde ist zu ernst, als daß die Blockparteien mit gegenseitigen Vorwürfen und hochnotpeinlichen Untersuchungen über die Schuldfrage wegen der herrschenden Fehde die kostbare Zeit vergeuden dürften. Gesündigt worden ist innerhalb und außerhalb der Mauern Ilions. Jetzt gilt nur noch die befreiende Tat, die Sammlung zur Einigkeit, und nach dieser Richtung ist wenigstens ein Lichtpunkt aufgeblitzt durch die vorsichtige Art, wie der konservative Redner Freiherr von Richthofen es vermied, in der Frage der Nachlaßsteuer alten Groll zu schüren. Das zeugte gegenüber der bestimmten Erklärung des Fürsten Bülow: „Die verbündeten Regierungen bleiben bei der Ueberzeugung, daß bei einem Gesamtbedarf von einer halben Milliarde ein erheblicher Teil vom Besitz erhoben werden muß", immerhin von einem gewissen Entgegenkommen.

Die bedeutsame vorgestrige Reichstagsverhandlung hat gerade im Zeichen des Geburtstages Bismarcks stattgefunden. Möge sein Geist herniedersteigen und der Blockmehrheit den richtigen Weg weisen, damit sie noch im letzten Augenblick das parteipolitische Sonderinteresse in den Winkel stellt und durch Verabschiedung der für die Macht, Wohlfahrt und Sicherheit des Reiches unbedingt notwendigen Reichsfinanzreform den Flecken, den ein Versagen des Blocks in dieser vaterländischen Lebensfrage darstellen würde, von unserem nationalen Ehrenschilde fern hält!

Neueste Drahtmeldungen vom 31. März.

Zur Orientkrisis.

Belgrad. Heute fand eine geheime Sitzung der Skupschtina statt, die 2½ Stunden dauerte und an die sich eine öffentliche Sitzung schloß. In dieser brachte der Minister des Auswärtigen die von den Vertretern der Großmächte der serbischen Regierung überreichte Note zur Verlesung. Die Note wurde mit vollständigem Stillschweigen angehört und darauf die Sitzung geschlossen.

Wien. Der serbische Gesandte Simitsch überreichte heute mittag dem Minister des Aeußeren Freiherrn v. Aehrenthal eine Note folgenden Inhalts: Unter Bezugnahme auf die frühere Note der serbischen Regierung an die österreichisch-ungarische Regierung vom 14. März und um jedes Mißverständnis zu beseitigen, das daraus entstehen könnte, hat der serbische Gesandte den Auftrag erhalten, dem Wiener Ministerium des Aeußeren folgende Aufklärung zu geben: Serbien erkennt an, daß es die in Bosnien geschaffene Tatsache in seinem Recht nicht berührt und daß es sich demgemäß einer Entschließung anpassen werde, welche die Mächte in bezug auf Artikel 25 des Berliner Vertrages treffen werden. Indem Serbien den Ratschlägen der Großmächte Folge leistet, verpflichtet es sich, die Haltung des Protestes und Widerstandes, die es hinsichtlich der Annexion seit vergangenem Oktober angenommen hat, aufzugeben. Es verpflichtet sich ferner, die Richtung seiner gegenwärtigen Politik gegenüber Oesterreich-Ungarn zu ändern und künftighin mit diesem auf dem Fuß freundschaftlicher Beziehung zu leben. Diesen Erklärungen entsprechend und im Vertrauen auf die friedlichen Absichten Oesterreich-Ungarns wird Serbien seine Armee bezüglich der Organisation, Dislokation und des Effektivbestandes auf den Stand vom Frühjahr 1908 zurückführen. Es wird die Freiwilligen und die Banden entwaffnen und entlassen und die Bildung neuer irregulärer Korps auf seinem Gebiet verhindern.

Wien. Das „Fremdenblatt" und die „N. Fr. Pr." erfahren von zuständiger Seite, daß die von dem serbischen Gesandten Simitsch hier überreichte Note freundliche Aufnahme gefunden habe. Graf Forgach werde morgen die Antwort des österreichisch-ungarischen Ministeriums des Aeußeren dem Minister Milowanowitsch übergeben. Damit sei die serbische Krise erledigt.

Abdankung König Peters?

Wien. (Priv.-Tel.) König Peter hat dem englischen und dem russischen Gesandten in Belgrad mitgeteilt, daß er abzudanken gedenke. Er verlangt eine Apanage von 250 000 Francs und will sich nach Wien zurückziehen.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Präsident Graf Stolberg widmet dem dahingeschiedenen Fürsten von Schwarzburg-Sondershausen einen kurzen ehrenden Nachruf. Entsprechend dem Antrag der Geschäftsordnungskommission wird die Einleitung der Widerklage gegen die Abgg. Mugdan und Kopsch in einem von ihnen selbstveranlaßten Privatklageverfahren genehmigt. Dann wird die Etatberatung beim **Etat des Auswärtigen Amts** fortgesetzt. Abg. Roeren (Zentr.) beantragt, den Reichskanzler zu ersuchen, die erforderlichen Schritte zur Ausbildung des Internationalen Gewerberechts einzuleiten, wonach die gewerbsmäßige Herstellung und Verbreitung unsittlicher Schriften und Bilder unterdrückt werde. — Abg. Dr. Müller-Meiningen (Freis. Volksp.) weist darauf hin, daß wir kein internationales Gewerberecht, wohl aber

Trinkt Pfunds Milch!